



## Der Jurist Benjamin Ferencz sagte Kriegsverbrechern den Kampf an

„Recht, nicht Krieg“: So lautete der Wahlspruch von Benjamin Ferencz. Der letzte noch lebende Chefankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen hat sein Leben diesem Prinzip gewidmet. Ferencz ging es dabei stets darum, ein internationales Rechtssystem zu etablieren, das Kriegsverbrechen so ahndet, dass die potenziellen Täter von ihrem Tun abgehalten werden und den Opfern Recht zugesprochen wird. Am Freitag ist Benjamin Ferencz im Alter von 103 Jahren in Florida verstorben.

Seine Karriere war dem Kleinen, schmalen Mann nicht in die Wiege gelegt. 1920 im damals ungarischen Transsylvanien geboren, erreichte er mit seinen jüdischen Eltern als Baby die USA. Die Reise wurde in der 3. Klasse zurückgelegt, und das nur, so erzählte es Ferencz, weil es keine noch billigere gab. Doch der begabte junge Mann erhielt ein Stipendium und konnte so an der Harvard-Universität Jura studieren.

Als einfacher Soldat nahm Ferencz an der alliierten Invasion in der Normandie teil. Die US-Army glaubte zunächst, für Juristen keine bessere Verwendung zu haben. Doch das änderte sich mit der Besetzung Nazi-Deutschlands: Ferencz wurde Mitarbeiter einer Sektion, die Kriegsverbrechen der Deutschen untersuchte.

Das erste Camp, das er mit eigenen Augen sah, hieß Ohrdruf, ein Außenlager des KZ Buchenwald. Ferencz fand Hunderte Menschen hinter Stacheldraht kurz vor dem Hungertod. Später traf der junge US-Soldat in Buchenwald ein, sah die Schrecken von Mauthausen. Sein erster Weg habe ihn immer in die Schreibstube der SS geführt, auf der Suche nach schriftlichen Beweisen, berichtete Ferencz.

Der Krieg war gewonnen, Ferencz in die Heimat zurückgereist, da erreichte ihn ein Telegramm aus dem Pentagon. Er solle wieder nach Deutschland kommen. Der Job endete für Ferencz mit der Bestellung zum Chefankläger bei einem der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse. Das Verfahren richtete sich gegen Angehörige der Einsatzgruppen, die in der Sowjetunion mehr als eine Million Juden und Roma ermordet hatten. Die Agentur AP nannte das Verfahren damals „den größten Mordprozess der Geschichte“. Rache sei nicht das Ziel, sagte Ferencz zu Prozessbeginn. Es ginge darum sicherzustellen, dass jeder Mensch ein Recht habe, in Frieden und Würde zu leben, unabhängig von Religion und Rasse.

Alle 22 Angeklagten wurden verurteilt. Das Gericht verhängte 14-mal die Todesstrafe. Wichtiger noch: Ferencz hatte in dem Verfahren den Begriff „Genozid“ für den planmäßigen Mord an einer ganzen Gruppe oder Nation etabliert. Damit machte das Völkerstrafrecht einen großen Sprung nach vorne.

Die Anklagevertretung in Nürnberg blieb Ferencz einzige. Er blieb zunächst in Deutschland und unterstützte bis 1956 Entschädigungsforderungen jüdischer Überlebender. Das Recht der Menschheit, in Frieden und ohne Krieg leben zu dürfen, ließ ihn sein Leben lang nicht los. Ferencz lehrte später Völkerrecht an der Pace-Universität in New York.

Sein Traum von einem Leben ohne Krieg hat sich nicht erfüllt. Aber der stets bestens gekleidete ältere Herr hat doch zu einem großen Schritt zur Ahndung von Kriegsverbrechen beigetragen. Ende der 1990er war er an der Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag beteiligt, dank dem mörderische Diktatoren nicht mehr so ruhig schlafen können wie früher. Auch Wladimir Putin nicht. Vor fast genau einem Jahr forderte Benjamin Ferencz in der taz, dass der russische Präsident wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt werden müsse. Inzwischen liegt ein Haftbefehl vor.

Klaus Hillenbrand

Foto: Damon Higgins/USA TODAY/Imago

# Covid-Impfung nur noch per Vorkasse

Der Staat zahlt nicht länger für die Corona-Impfung. Weil sich Krankenkassen und Ärzt\*innen über die neue Vergütung streiten, müssen Impfwillige erst mal selbst bezahlen

Von **Manuela Heim**

Am vergangenen Freitag endeten nach drei Jahren Pandemie die letzten staatlich verordneten Coronamaßnahmen. Das betrifft nicht nur die verbliebene Maskenpflicht in medizinischen Einrichtungen, sondern auch die Abwicklung der Coronaschutzimpfungen.

Normalerweise ändert sich dadurch für die Patient\*innen nichts, denn die von der Ständigen Impfkommission (Stiko) empfohlenen Impfungen würden jetzt einfach die Krankenkassen bezahlen statt wie bisher der Staat. Praktisch kann aber ab diesem Dienstag folgendes passieren: Wer sich eine Auffrischungsimpfung beim Arzt abholen möchte, muss dafür selbst Geld vorstrecken. Denn Hausärzt\*innen und Krankenkassen können sich seit Wochen nicht über die künftige Entlohnung einig sein.

Das Robert-Koch-Institut (RKI) schätzte in seinem aktuellen Wochenbericht die Zahl der Menschen, die in der letzten Märzwoche an Covid-19 erkrankt waren, auf bis zu eine halbe Million. Zuletzt mussten rund 2.000 Menschen pro Wo-

che zur Behandlung in ein Krankenhaus aufgenommen werden. Knapp 500 Menschen liegen laut DIVI-Register wegen einer Covid-19-Erkrankung auf der Intensivstation. Vor allem hochbetagte Menschen ab 80 Jahren und Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen haben laut RKI weiterhin ein hohes Risiko für einen schweren Verlauf.

## Hausärzt\*innen und Krankenkassen können sich nicht über die künftige Entlohnung einig

Zum Schutz vor schwerem Covid-19-Verlauf empfiehlt die Ständige Impfkommission (Stiko) generell für alle Menschen ab 60 Jahren eine zweite Auffrischungsimpfung; darüber hinaus insbesondere auch für Bewohner\*innen von Pflegeeinrichtungen, medizinisches Personal mit Patient\*innenkontakt sowie Menschen ab 5 Jahren mit einer Immunschwäche oder anderen relevanten Vorerkrankungen. Von den rund 24 Millionen Menschen ab 60,

die in Deutschland leben, haben laut RKI bislang 39 Prozent eine zweite Auffrischungsimpfung erhalten.

Für Hochbetagte und Pflegeheimbewohner\*innen könne laut Stiko auch eine dritte Auffrischungsimpfung sinnvoll sein. Menschen, die noch gar keine Impfung haben, wird weiterhin dazu geraten – auch wenn sie bereits mehrfach Infektionen durchgemacht haben. Ob für Risikogruppen künftig eine jährlich angepasste Impfung wie bei der Grippe angeboten wird, ist noch nicht entschieden.

Nun konnte man bislang einfach einen Termin bei der Hausarztpraxis machen und sich impfen lassen. Der besonderen Pandemiesituation geschuldet, übernahm der Staat die dafür anfallenden Behandlungskosten in Höhe von 28 Euro. Nach Auslaufen dieser Regelung müssten die Krankenkassen die Ärzt\*innen für die von der Stiko empfohlene Schutzimpfung bezahlen.

Diese weigern sich aber offenbar, die vom Staat verhandelten Beträge einfach zu übernehmen. Dass diese im Vergleich zu anderen Impfungen

– eine Grippeimpfung wird mit rund 8,50 Euro vergütet – recht hoch sind, wurde bereits in der Vergangenheit kritisiert.

Stattdessen wird jetzt in den Bundesländern zwischen den jeweils zuständigen Kassenärztlichen Vereinigungen (KV), die die niedergelassenen Ärzt\*innen vertreten, und den Krankenkassen verhandelt. Das dauert offenbar. Die hohen Honorarforderungen der Ärzt\*innenorganisationen seien nicht akzeptabel, heißt es auf taz-Anfrage vom Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Spitzenverband). Es handle sich schließlich um Versicherungsgeld. Aufseiten der KV will man dagegen den erhöhten Dokumentations- und Beratungsaufwand, das besondere Handling ohne Fertigspritzen sowie allgemein gestiegene Praxiskosten berücksichtigt sehen.

Nun komme nach Ostern übergangsweise leider das umständliche Kostenersatzungsverfahren zum Einsatz, heißt es von der KV Nordrhein-Westfalen, wo erst nach den Ferien ab dem 19. April weiterverhandelt wird. Die KV Berlin hofft nach bisher ergebnislosen regionalen Verhandlungen „auf eine bundesweite Einigung, wie von Bundesminister Lauterbach angekündigt“. Bei den Krankenkassen rechnet man erst in einigen Wochen mit einer neuen Kostenregelung.

Für die Patient\*innen heißt das im Zweifel: Die Impfung erst einmal selbst bezahlen. „Klar ist natürlich, dass die Versicherten diese Kosten bei ihrer Krankenkasse zur Erstattung einreichen können“, so der GKV-Spitzenverband.

Immerhin die Lieferung des Impfstoffs bleibt wie gehabt: Hier übernimmt der Bund noch bis Ende des Jahres die Bereitstellung. Das Impfbüro – Spritzen, Kanülen, gegebenenfalls Kochsalzlösung – wird laut Kassenärztlicher Bundesvereinigung jedoch nicht mehr mitgeliefert, sondern muss von den Praxen selbst über die Apotheken bestellt werden.

Impfstoff, etwa hier von Biontech, ist da, aber wer übernimmt die Behandlungskosten?  
Foto: Christoph Hardt/Imago



# Mit Russlandfahnen für Frieden

In 120 Städten fanden am Wochenende Ostermarsch-Aktionen statt. Ein Teil der Friedensbewegung bezog Stellung gegen Putin. Ein anderer protestierte mit Querdenker\*innen und prorussischen Aktivist\*innen

Von **Tobias Schulze**

Kritik an der Friedensbewegung will Margot Käffmann nicht auf sich sitzen lassen, das macht sie zu Beginn ihrer Rede deutlich. Am Samstag spricht die ehemalige evangelische Bischöfin auf dem Ostermarsch in Hannover. „Im vergangenen Jahr hat die russische Armee die Ukraine brutal überfallen“, sagt sie im ersten Satz ihrer Rede unmissverständlich.

Im zweiten schaltet sie dann in den Verteidigungsmodus: „Niemand in der Friedensbewegung leugnet, dass Putin Täter und die Ukraine Opfer ist, wie jetzt immer wieder mit dem Vorwurf der Täter-Opfer-Umkehr unterstellt wird.“

Wirklich? In Dutzenden deutschen Städten demonstrieren am Wochenende Menschen

im Rahmen der Ostermärsche. Nach Veranstalter\*innenangaben fanden deutschlandweit über 120 Aktionen statt, in Städten wie Berlin und Bremen gab es Märsche mit über 1000 Teilnehmer\*innen. Der Krieg in der Ukraine stand dabei meist im Mittelpunkt, die Forderung nach schnellen Friedensverhandlungen war Konsens.

Deutlich wurde aber auch, dass die Bewegung in der Bewertung des Kriegs uneins ist. Eine eindeutige Verurteilung des russischen Angriffs kommt nicht allen über die Lippen.

„So sehr es bei der Forderung nach Verhandlungen und der deutlichen Kritik an der Aufrüstung Einigkeit gab, zeigte sich, dass es in der Friedensbewegung auch Meinungsdifferenzen gibt“, heißt es in einer Pressemitteilung des Netzwerks

Friedenskooperative, das zwischen den dezentralen Ostermarsch-Aktionen koordiniert. Die Organisation selbst hatte in einem Aufruf die russische Täterschaft benannt und spricht sich darüber hinaus gegen Kooperationen mit Rechten und Querdenker\*innen aus.

Das Bild auf den Straßen ist zum Teil ein anderes. Auf der Kundgebung des Düsseldorf Ostermarschs zum Beispiel präsentieren prorussische Demonstranten auf einem Banner neben der Bühne das schwarz-orangene Sankt-Georgs-Band, das die russische Regierung für ihre Kriegspropaganda nutzt.

Auf dem Berliner Ostermarsch sind vor der Bühne einzelne Russlandfahnen zu sehen. Auf einem Schild ist die Rede vom „Kiewer Neonazi-Regime“. Auf anderen werden die

Grünen mit dem Goebbels-Zitat „Wollt ihr den totalen Krieg?“ auf eine Stufe mit den Nationalsozialisten gestellt.

Auf der Bühne ist derweil vom russischen Angriff kaum die Rede. Lühr Henken vom Bundesausschuss Friedensrat spricht stattdessen länglich über die Nato, die Russen stünden „im Widerspruch zu dem hierzulande gepflegten Narrativ, der russische Imperialismus setze mit dem Krieg seit Langem gehegte Eroberungspläne durch.“

Als nach der Auftaktkundgebung der Protestmarsch losgeht, sind weit vorne die Fahnen der „Freien Linken“ zu sehen, einer Gruppe aus der Querdenker\*innen-Szene, die schon während der Pandemie aufgefallen war – durch gemeinsame Demos mit Rechten.